

- 5 Im Oktober 2003 erreichten die Proteste der Nachbarschaftsräte in El Alto im Bündnis mit zahlreichen und sehr heterogenen sozialen Bewegungen den Rücktritt von Gonzalo Sánchez de Lozada. Auch der darauf folgende Übergangspräsident Carlos Mesa trat in Folge ähnlicher Proteste im Frühjahr 2005 zurück. Für den 18. Dezember 2005 sind Neuwahlen angesetzt, deren Ausgang bei Drucklegung dieses Buches offen war.
- 6 Aus einem Interview vom Oktober 2004.

Manuela Bojadžiev

Autonomie der Migration

Eine historische Perspektive

Literatur

- Aguilar Zinser, Adolfo (1991): CIREFCA: The Promises and Reality of the International Conference on Central American Refugees: An Independent Report. Washington.
- Anderson, Benedict (1983): Imagined Communities. London/New York.
- Appadurai, Arjun (1993): Patriotism and Its Futures. In: Public Culture 5.3, S. 411-429.
- Appadurai, Arjun (1996): Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization. Minneapolis.
- Babie-Collin, Virginie (2004): Usos de la indianidad en La Paz: Formas de mestizaje en la ciudad. In: D'Orbigny, Miradas cruzadas de Europa y América Latina. No.0/Marzo. S. 41-52.
- Bedregal, Ximena (2001) : Microcréditos, política global para unir a las mujeres pobres al mercado mundial. In: La Triple Jornada. Mai 2001. Internetversion : <http://www.jornada.unam.mx/2002/04/01/indice2001.htm>
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): »Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive«. München.
- Hobsbawm, Eric J. (1990): Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality. Cambridge.
- Carbers, Frank (2002): Geschichte, Identität und Gemeinschaft im Rückkehrprozess guatemaltekischer Kriegsflüchtlinge. Münster/Hamburg/London.
- Hess, Sabine/Lenz, Ramona (Hg.) (2001): Globalisierung und Geschlecht. Kulturwissenschaftliche Streifzüge. Königstein/Taunus.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (1998): »Turbo maskulinismus«. In: Freitag, 15. Juni 1998.
- McClintock, Anne (1995): Imperial Leather. Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest. New York.
- McClintock, Anne (1996): No Longer in a Futures Heaven. Nationalism, Gender and Race. In: Eley, Geoff/Sony, Ronald G. (Hg.): Becoming National. A Reader. New York/Oxford.
- Schild, Verónica (2004): Die Freiheit der Frauen und gesellschaftlicher Fortschritt. Der Staat und die Armen bei der Schaffung neoliberaler Gouvernmentalität. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): Neoliberalismus - Autarkie - Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster. S. 82-100.
- Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Hamburg.
- UNDP (1998): Naciones Unidas en Guatemala, CEPAL, PNUD; Guatemala. Los contrastes del desarrollo humano. Edición 1998. Guatemala-Stadt.
- UNHCR (1996): Lessons Learned in Work with Refugee Women. A Case Study of Chiapas. Comitán.

1. Burn Baby Burn: Die Aufstände in Frankreich vom November 2005

Zahlreiche widersprüchliche Kommentare zirkulierten in den Wochen der November-Aufstände in den französischen Banlieues¹ und danach. Alle Beiträge stellten sich der Herausforderung, den Revolten, die scheinbar ziellos und ohne Forderungen blieben, eine Geschichte zu geben, einen Sinn zu verleihen, ihnen bisweilen eine Richtung zu suggerieren. Unter anderem zwei zusammenhängende Erklärungsversuche tauchten auf, die offenbar nur schwer in Übereinstimmung gebracht werden können. Zum einen ging es um die Frage, ob es sich bei den nächtlichen Unruhen um ein Auflehnen gegen Rassismus handelte. Gegen einen Rassismus, der etwa in den täglichen polizeilichen Übergriffen und Kontrollen gegenüber den Jugendlichen der Banlieues seit Dekaden zum Ausdruck kommt, und von denen eine dieser Überprüfungen mit tödlichen Folgen für zwei Jugendliche den Auslöser für die 21 Tage anhaltenden Auseinandersetzungen lieferte, die durch die verachtenden Statements des Innenministers Nicolas Sarkozy und anderer weiter provoziert und genährt wurden. Eine andere, dazu komplementäre Erklärung entwickelte sich entlang der Argumentation, dass es sich um einen Widerstand gegen die prekarisierten Lebensverhältnisse, gegen die Erwerbslosigkeit in der x-fen Generation handelte. Insofern war es nur schlüssig, dass immer wieder auch der klassenkämpferische oder wie auch gerne geschrieben wurde »soziale« Inhalt in den Vordergrund gerückt wurde.

Welche Gewichtung die Argumente jeweils erfahren sollten, machte sich auch an der Frage fest, ob man bei den Jugendlichen überhaupt (noch) von MigrantInnen sprechen kann. So richtig es ist, die Frage aufzuwerfen, ob im integrationspolitischen Sprachgebrauch bei den Kindern von Immigranten von der ersten, zweiten oder gar noch von der dritten Generation die Rede sein sollte oder, wie es hieß, ob es sich nicht vielmehr um die erste, zweite oder gar dritte Generation von Erwerbslosen oder Prekarisierten handelte – das Problem löst sich nicht. Zwar lässt sich die Bevölkerung der Banlieues, die sich ohnehin nicht nur aus den verschiedenen historischen Gruppen der

Migrationsbewegungen zusammensetzt, nicht immer wieder in die thematische Logik von Einwanderung rücken. Doch dieser häufig in der Diskussion gefallene Einwand sollte auch dazu dienen, das Problem zu verschieben, das die mediale und politische Debatte sofort warnend zur Sprache brachte: Ist das französische Integrationsmodell gescheitert? Die Einbindung in die thematische Logik der Einwanderung suggeriert nämlich, dass die Gesellschaft ebenso wie die Einwanderer mit sich identisch ist, dass Zuwanderer, nur wenn sie zur Anpassung bereit sind, integriert werden können, während die Gesellschaft beständig bleibe, obwohl sie sich doch mit der Migration schon ändert (vgl. Prokla-Redaktion 2005, 321). Allerdings, dahin geht meine Überlegung, verbleibt der Einwand, dass es sich nicht (mehr) um MigrantInnen handelt, zunächst in der Entgegenseitung von Integration und Ausschluss. Erst ein genaues Verständnis von Kämpfen und Ausschließung erlaubt es, den Zusammenhang von Rassismus und Ausbeutung im konkreten historischen Kontext zu bestimmen.

Die Herausforderung zu so vielfachem Kommentar stellte sich auch deshalb, weil allenthalben in der Öffentlichkeit der politische Gehalt der Revolten infrage gestellt wurde. Der auf drei Monate ausgedehnte Ausnahmezustand, der historisch bisher nur als koloniales Gesetz in Gebrauch genommen wurde und etwa bei den Revolten von 1968 keine Anwendung fand, war m.E. gerade Ausdruck eben dieses Versuches, einen politischen Hintergrund zu verleugnen. Er reduzierte die Auseinandersetzungen auf eine sicherheitspolitische Frage. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass traditionelle Mechanismen und Formen politischer Repräsentation und Bürgerrechte in die Krise geraten sind. Mechanismen und Formen, die für die Bevölkerung in den Banlieues, das muss angesichts der Geschichte der Migration im postkolonialen Kontext Frankreichs festgehalten werden, nie die gleiche Geltung haben sollten, was die MigrantInnen wiederum allzu genau wissen, wurde ihnen doch immer wieder u.a. die Fähigkeit zur Demokratie abgesprochen. Es handelt sich um eine Krise dieser Institutionen, die historisch durch soziale Auseinandersetzungen ausgelöst wurde. Diese Krise manifestierte sich im Ausnahmestand. Und der Ausnahmestand war deshalb auch der offensichtlichste Ausdruck dieser Krise.

2. „Wir wissen, dass wir nicht von Null, sondern von minus Zehn starten.“²
In gewisser Weise hat die Vortragsreihe, in deren Zusammenhang dieser Beitrag entstanden ist, sich u.a. genau diese Fragen nach der Krise politischer Repräsentation und nach der Krise politischer Organisierung in Bezug auf die Linke zum

Thema gemacht. Ein ausführliches Einladungspapier entwickelte eine politische ebenso wie theoretische Fragestellung und fasste die Beiträge zusammen: Wie lässt sich die momentane Schwäche politischer Organisierung erklären? Welche Konzepte und Kritiken einer herkömmlichen Vorstellung von Klassenkampf existieren? Welche sozialen Auseinandersetzungen existieren und wie wäre eine Verbindung von Kämpfen zu denken? Die Einladung zu dieser Vortragsreihe gab mir den Anlass sowohl in politischer als auch theoretischer Hinsicht, über das Verhältnis von Rassismus und Klassenkampf im politisch-historischen Kontext in Deutschland zu reflektieren.

Zu diesem Zweck gehe ich zunächst auf die politische Ausgangslage ein, die eine solche Reflexion nötig macht. Im Verlauf der 1980er-Jahre kristallisierte sich ein Rassismus heraus, der »scheinbar der Vergangenheit« angehörte. Rassistische Artikulationen hatten das westliche Europa in einem autoritäär-populistischen Netzwerk aus neokonservativen Regierungen, Intellektuellenzirkeln der sogenannten Neuen Rechten, faschistischen Parteien wie auch Debatten an Stammitschen vereint. Étienne Balibar konstatierte in einem Vortrag 1990, dass sich die unterschiedlichen Formen der Verbindung zwischen Migration und Rassismus in den europäischen Staaten » gegenseitig beeinflussen und seit einigen Jahren konvergieren, um ein neues bedrohliches Phänomen hervorzubringen, das man den europäischen Rassismus nennen könnte. Es handelt sich nicht bloß um Analogien, sondern um *institutionelle Phänomene*, die durch den ‚Aufbau Europas‘ selbst beschleunigt werden, und die sich aus einem Idealbild von Europa speisen« (Balibar 1992, 11). In Deutschland häuftensich nach 1989 Angriffe und Pogrome gegen Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, die mit den Übergriffen in Hoyerswerda (1991), Rostock (1992) und vielen weiteren Städten in Verbindung gebracht werden können. Eine gesellschaftliche Stimmung machte sich breit, in der der Alltag in Deutschland für Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge zu einer massiven Bedrohung wurde. Im Nachgang zu diesen Übergriffen wurde zunächst seitens der Politik und der Repräsentanten von Wirtschaft und Gesellschaft sowie in den Massenmedien versucht, die rassistische Gewalt auf die »Modernisierungsverlierer« in Ostdeutschland zu schieben. Die rassistischen Angriffe und Pogrome im Westen wie etwa in Mannheim-Schönau (1992) fanden eher geringe Aufmerksamkeit, doch war spätestens nach Mölln (1992) und Solingen (1993) klar, dass Maßnahmen getroffen werden sollten, um Deutschland und die »freundliche Zivilgesellschaft« (Redaktion diskus 1992) aus dem schlechten Licht der internationalen Öffentlichkeit zu bringen. Es schlug die Zeit der Licherketten und der Kampagnen »gegen Gewalt«. Im November 1992, kurz nachdem der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl

wegen der Asylbewerberzahlen den Staatsnotstand angedroht hatte und damit den in den Übergriffen ausgedrückten Rassismus legitimierte, ebneten Staatsapparat und Zivilgesellschaft den Weg für die De-facto-Abschaffung der Asylrechts. Damit gewann der Staat auch die Definitionsmacht darüber zurück, wer als Flüchtling zu gelten hat und wer nicht (Vgl. Müller 1995; Räthzel 1997; Morgenstern 2002).

Der sich in dieser Zeit dynamisierenden antirassistischen Bewegung gelang es nicht, dieser Entwicklung wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Die Schwäche zeichnete sich in der versuchten Bundestagsblockade am 26. Mai 1993 gegen die Asylgesetzmänderung ab, die symbolisch aufzuhalten versuchte, was gesellschaftspolitisch bereits durchgesetzt war. Mit dem Ende des vergleichsweise liberal gehandhabten Asylrechts endete auch seine zentrale Bedeutung für die Migrationsbewegungen und die Migrantinnen und Migranten, die nach dem Anwerbestopp von 1973 diesen Weg zur Einreise genutzt hatten. Die Mobilisierung der Linken und der liberalen Öffentlichkeit hatte auf die Verteidigung des Asylrechts gezielt. In Kombination mit der Devise »Offene Grenzen für alle« tat sich eine Schere zwischen der Radikalität einer Forderung und dem defensiven Charakter einer linken Politik auf, die das Asylrecht nicht selten mit moralischen Argumenten verteidigte. Die Politik ließ sich außerdem nicht in den Alltag hinein vermitteln. Der Slogan »Offene Grenzen« überlebte die Verhältnisse, auf die er sich konfrontativ bezogen hatte, weil er ihnen äußerlich blieb. Öffentliche Kampagnen für das »Bleiberecht« hatten seither höchstens im Zusammenhang mit Abschiebewellen in jene Herkunftsländer mit besonderen Krisen oder Kriegen eine gewisse Wirkung. Migration wurde lange Zeit vor allem als Zwang begriffen und Migrantinnen und Migranten als Opfer der Globalisierung gesehen, was zugleich mit der Betonung der Metapher Festung Europa« kontrastiert wurde (vgl. Bojadžiev/Tsianos 2002).

Ende der 1990er-Jahre änderte sich die Situation mit dem Antritt der rot-grünen Regierung. Der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte Fragen rechtsextremster Gewalt zur »Chefsache«. Zugig wurde eine offizielle Anti-Nazi-Kampagne erdacht und gefordert. Rechtsextremismus sollte jetzt in der gesellschaftlichen Koalition von Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutzbehörden, Sonderermittlungsgruppen der Landeskriminalämter bis hin zu Bürgerinitiativen in einem »Aufstand der Anständigen« bekämpft werden. Der Anspruch der »Berliner Republik« war es, eine gefestigte Demokratie zu repräsentieren. Die Kritik an der Nationalisierung, die sich in der so genannten Walser-Debatte und im ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr im Krieg gegen Jugoslawien zeigte, ging in dieser Konstellation weitgehend unter.

Den Anfang für eine neue Herangehensweise in der Einwanderungspolitik setzte die von Schröder ausgelöste Greencard-Diskussion. Spätestens seit die Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts nach der Unterschriftenkampagne des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch nur in abgeschwächter Form verabschiedet wurde, gab es zwischen Konservativen, Grünen und Sozialdemokraten eine Einigung auf die Kompromissformel »Integration« und darauf, Einwanderung weitgehend zu verhindern bzw. nach den eigenen Bedürfnissen zu regulieren und Integration als Imperativ an die bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sowie die Hinzukommenden heranzutragen. Das nach langen Verhandlungen am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz ist ein Ausdruck davon, dass Einwanderung in die Bundesrepublik auch noch nach dem Anwerbestopp von 1973 und der Verschärfung des Asylgesetzes von 1993 ganz offenbar nicht verhindert werden konnte.

In der Berliner Volksbühne fand im April 2001 eine lange Nacht des Antirassismus statt. Kanak Attak, ein seit 1997 bestehender und in verschiedenen deutschen Städten organisierter Zusammenschluss, präsentierte mit der Revue »OpelPitbullAutoput« die nicht erzählte Geschichte des Widerstands und der alltagspolitischen Dissenz von Migrantinnen und Migranten in der BRD seit den 1950er-Jahren. Ich möchte an dieser Stelle den Versuch einer politischen und historischen Rekonstruktion der Kämpfe der Migration im Kontext von Rassismus und Ausbeutungsverhältnissen in Erinnerung rufen, dessen Teil ich war und weiterhin bin. In diesem Zusammenhang ist meine eigene Arbeit zu sehen, auf die ich im weiteren eingehen werde. Ich komme zu diesem Zweck auf ein Interview zurück, dass am Tag nach diesem Ereignis in den Räumen der Wochenzeitung Jungle World geführt wurde (vgl. Kanak Attak 2001).³

In dem Interview wird unter anderem die Frage nach dem Verhältnis von Antirassismus und Kämpfen gegen Ausbeutung aufgeworfen. Eine der leitenden Vorstellungen, die uns damals dazu gebracht hat, Archive aufzusuchen, Interviews zu führen, Filme zu drehen, Performances zu entwickeln, Lieder zu komponieren, Texte zu schreiben, eine Dramaturgie zu entwerfen, tagelange Proben in Kauf zu nehmen, um eine bis dato vielen – und auch uns – unbekannte Geschichte auf die Bühne zu bringen, bestand u.a. in der von uns konstatierten Notwendigkeit, eine historische Verbindung zwischen dem Antirassismus der 1990er-Jahre und den mehrheitlich von Migrantinnen und Migranten getragenen Mietboykotts, Betriebskämpfen und »wilden Streiken« seit den 1960er-Jahren zu ziehen. Die Idee war dem oft abstrakt verbleibenden Antirassismus unserer Zeit die Erinnerung an soziale

Kämpfe zurückzugeben. Umgekehrt war uns klar, dass in den 1970er-Jahren der antirassistische Gehalt jener Auseinandersetzungen allzu oft auf Fragen des Klassenkampfs reduziert worden war. Damit waren aber die darin zum Ausdruck kommenden Widerstandspraktiken gegen Rassismus auf ambivalente Weise subsumiert und ein Verständnis der Eigenständigkeit rassistischer Herrschaftsverhältnisse ging verloren. Es ging uns um die Artikulation antirassistischer Praktiken in diesen Kämpfen. Rassismus wurde explizit erst zu einem Zeitpunkt thematisiert und konzeptualisiert, als die Phase der Arbeitskämpfe mit starker migrantischer Beteiligung längst vorbei war. Wir fragten uns, was sich in den Arbeitskämpfen der 1960er- und 1970er-Jahre jenseits der Parole »Ein Gegner, ein Kampf!« artikuliert hatte. Was gab es am Widerstand von Migrantinnen und Migranten, der als eigenständiges Handeln fortan nicht mehr dokumentiert wurde?

Aufgrund der Tatsache, dass viele von uns in die antirassistischen Organisationen der 1990er-Jahre involviert gewesen waren, die sich unter anderem gegen rassistische Zuschreibungen auch innerhalb der Linken und innerhalb des Diskurses des Multikulturalismus gerichtet hatten, blieb uns die Gefahr nicht verborgen, dass eine Herausarbeitung des migrantischen Aktivismus auch ein Subjekt der Geschichte suggerieren könnte, das uns selbstrichtig geheuer war. Unsere Konzentration richtete sich deshalb auf die Dynamik der Kämpfe, um ein Verständnis der Migration zu ermöglichen, das Migrantinnen und Migranten nicht nur zu Opfern von Rassismus oder Objekten von Ausländer- und Migrationspolitik macht. In diesem Sinne wollten wir ein Wissen über die Geschichte migrantischer Praktiken für die aktuellen Auseinandersetzungen zugänglich machen. Es ging auch darum, die Geschichte der Migration einer kulturalistischen Zuschreibung zu entreißen.

3. Rassismus und Kämpfe der Migration

Gerade durch das Thema der Migration eröffnet sich die Möglichkeit, ein paar Kritikpunkte aufzugreifen und zu verfolgen, die orthodoxe Konzepte von Klassenkampf infrage stellen. Unter anderem deshalb, weil – ebenso wie zurzeit in Frankreich – immer wieder ein Streit darüber aufkommt, ob nun die migrantischen Kämpfe einen Ausdruck des Klassenkampfes darstellen, weil Migrantinnen und Migranten in vielen Fällen in den unteren oder informellen Sektoren des Arbeitsmarkts beschäftigt sind, oder ob ein individuelles Interesse die Kämpfe antreibt, das, wenn überhaupt, auf die Frage des Widerstands gegen Rassismus zu ›reduzieren‹ ist. In meiner eigenen Arbeit (Bojadžijev 2005) hat mich diese Frage beschäftigt und ich wollte ihr anhand verschiedener Rassismus- und gesellschaftstheoretischer wie migrationshistorischer Konzepte nachgehen

sowie eine Analyse der historischen Formen und Praktiken der Kämpfe der Migration vornehmen. Mich interessierte dabei auch, welche Vorstellung des Politischen sich aus diesen Analysen gewinnen ließe, die dazu beitragen könnte, ein reduktionistisches Verständnis von Klassenkämpfen bzw. ein abstraktes Verständnis von Antirassismus zu vermeiden. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal thesenhaft formulieren, worum es mir in einer rassismustheoretisch informierten Geschichtsschreibung der Kämpfe der Migration geht.

Geschichte der Migration

Die Geschichte der Migration hat überhaupt erst in den letzten Jahren eine gewisse Beachtung gefunden. Die dazu inzwischen veröffentlichten sozialgeschichtlichen Arbeiten für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik verhandeln vor allem die Anwerbung von so genannten Gastarbeitern. Das erste Anwerbeabkommen, das 1955 zwischen der deutschen und der italienischen Regierung geschlossen wurde, gilt inzwischen als ein Wendepunkt in der deutschen Sozialgeschichte und der 50. Jahrestag wird aktuell zum Anlass genommen, sich auf die Geschichte der Migration zu besinnen und die Notwendigkeit zu erklären, der deutschen Geschichte ein neues Kapitel hinzuzufügen. Besonders gerne wird dafür ein symbolisches Ereignis herangezogen: die Verleihung eines Mopeds am Bahnhof in Köln-Deutz durch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 10. September 1964 an den Portugiesen Armando Rodrigues de Sá, der ziemlich willkürlich, nämlich per Fingerzeig auf einer Anwerbungsliste, zum einmillionsten Gastarbeiter erklärt und am Bahnsteig willkommen geheissen wurde. Das Foto, das ihn mit seinem Willkommensgeschenk abbildet, gilt bis heute als Symbol der »Gastarbeiter-Ära«. Der Bezug auf die »Ankunft der Gastarbeiter« in der historischen Migrationsforschung lässt allerdings meist zwei Aspekte unthematisiert: den Rassismus und die Kämpfe der Migrantinnen und Migranten.

Die Geschichte dieser Kämpfe ist bisher weitgehend unbekannt. Die Formen und Praktiken des Widerstands von Migrantinnen und Migranten sind immer wieder gewaltsam unterbrochen worden, ihre Geschichte ist ausgelöscht worden. Mit dem Anliegen, diese Geschichte detailliert aufzuspüren, geht es darum, die Brüche zu markieren, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Kämpfen der Migration nachzuzeichnen. Es geht also darum, sowohl die Grenzen wie auch die Möglichkeiten in diesen sozialen Auseinandersetzung aufzufinden, mithin der Gegenwart der sozialen Auseinandersetzungen ein historisches Wissen der Vergangenheit zugänglich zu machen.

Es ist eine gängige Erfahrung, dass die Geschichte des Widerstands auch unter Migrantinnen und Migranten und ihren Kindern kaum bekannt

ist. Vorrangig ist die Vorstellung, dass erst jene Generation, die im Verlauf der 1990er-Jahre gegen das Erstarken von Rassismus und Nationalismus Widerstand geleistet hat, die Anpassungshaltung ihrer Eltern abgelöst hätte. Das hat mit der Geschichtsschreibung zu tun, die, wie sich mit Walter Benjamin sagen lässt, eine Geschichte der »Sieger« ist. Es hat auch etwas damit zu tun, dass in den Erzählungen der so genannten ersten Generation die erlebte Ausbeutung und Unterdrückung nicht immer in den Vordergrund gerückt wird. Die kollektive Verdrängung hängt ganz offenbar damit zusammen, dass keine andere Geschichtsschreibung vorhanden ist. In der eigenen Erinnerung nicht Opfer sein zu wollen, ist eine nachvollziehbare Haltung. Doch die Gegenüberstellung von Tätern und Opfern interessiert mich nicht weiter. Die Geschichte des Widerstands aufzuspüren, hat meines Erachtens eine andere Aufgabe, nämlich nach den Bedingungen einer Geschichtsschreibung zu fragen, unter denen im Rückblick Migrantinnen und Migranten nicht auf eine naive Opferposition reduziert und auf diese Weise stigmatisiert werden. Wie müsste ein Bezug auf Geschichte ausssehen, der die Vergangenheit für eine befriende Perspektive in der Gegenwart und Zukunft öffnet? Der Impuls erfolgt also von einer anderen Seite, nämlich nicht den Rassismus aufzudecken, sondern zu untersuchen, welche Formen und Praktiken migrantischen Widerstands es gegeben hat. Eine solche Herangehensweise erlaubt es, eine relationale Theorie des Rassismus zu entwickeln, in der die Konjunkturen des Rassismus im Verhältnis zu den sozialen Kämpfen bestimmt werden, und mithin gestattet sie, die Geschichte der Migration neu zu verstehen.

Rassismus

Ohne die Einschätzung der gegenwärtigen politischen Ausgangslage, der inzwischen veränderten Situation von Migrantinnen und Migranten sowie der Bedingungen der Migration, ohne eine Neubewertung der Geschichte des Widerstands aus der heutigen Perspektive kann eine historische Übermittlung aber keine dynamisierende Wirkung haben. Um das »Versetzen« dieser Geschichte zu verstehen, kommt man nicht umhin, sowohl die »Niederlagen« wie die Erfolge der sozialen Kämpfe zu erarbeiten und zu analysieren.

Theoretisch war die Linke lange Zeit nicht auf das Erstarken des Rassismus vorbereitet, der durch die sozialen Machtverhältnisse und die politische Hegemonie der Konservativen gefördert wurde. Erst auf Druck von selbstorganisierten Migrantengruppen, die sich Anfang der 1990er-Jahre wahrnehmbar zu artikulieren begannen, und durch die eindeutige Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik seitens der Kohl-Regierung setzte, wie gesagt, zu dieser Zeit in der Linken eine breitere Rezeption der internationalen

Rassismustheorien ein. Der Zusammenhang von Rassismus, Migrations- und Bevölkerungspolitik konnte auf diese Weise thematisiert werden, ideologietheoretische und diskurstheoretische Fragestellungen rückten in den Blick und Konzepte zur Analyse alltäglicher Diskriminierungspraktiken wurden entwickelt, mit denen sich die damals vorherrschende Rede von der Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit kritisiert ließ. Da eine Historisierung der Kämpfe der Migration und des Widerstands gegen Rassismus allein nicht genügt, müssen zunächst Kategorien bestimmt werden, die eine Analyse möglich machen. Denn nicht die historische Entwicklung der Migration allein hat einen Erklärungswert, sondern Kategorien, mit denen man das historische Material bearbeitet. Um diese zu entwickeln, lassen sich für die Debatte in Deutschland zwei theoretische Entwicklungslinien der Rassismustheorien benennen. Zum einen handelt es sich um jene Rassismustheorien, die einen repräsentationstheoretischen und identitätskritischen Ansatz ausarbeiten (vgl. u.a. Ha 1999; 2004). Der theoretische und politische Hintergrund dieser Beiträge steht meist in der Tradition der Arbeiten des britischen Kultur- und Rassismustheoretikers Stuart Hall. Die darin formulierte Kritik an einer exklusiven Repräsentationspolitik – wodurch der Rassismus als ein Mangel an Repräsentation erscheint – zieht allerdings die Geschichte der sozialen Kämpfe der Migration zu wenig in Betracht und erlaubt es kaum, ein Verständnis über die Konjunkturen des Rassismus zu entwickeln. In Anlehnung an die angelsächsische Debatte wird allzu häufig eine Kontinuität (post-)kolonialer Verhältnisse unterstellt, die erstens nicht ohne weiteres im Kontext der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg Geltung hat und zweitens Kontinuitäten definiert, wo Konjunkturen zu bestimmten wahren. Damit wird der Rassismus aus dem Kontext anderer Herrschaftsverhältnisse herausgenommen. Es wird unterstellt, rassistische Macht befindet sich in den Händen dominanter Gruppen und könnte gleichsam technisch ausgeübt werden. Dabei bleibt das Kräfteverhältnis außer Betracht, in dem der Rassismus verankert ist.

Die zweite Entwicklungslinie, die Arbeiten der kritischen Rassismustheorie (vgl. u.a. Demirović 1992, 1994; Müller 1995, 2002a), liefert meines Erachtens ein theoretisches Instrumentarium, um zentralen Fragen nachzugehen: Wie kann Rassismus gesellschaftstheoretisch konzeptualisiert werden? Was sind die soziohistorischen Bedingungen der Ausbreitung des Rassismus nach 1945? Für eine historische Analyse des migrantischen Widerstands muss ein Verständnis von Rassismus entwickelt werden, dessen Grundlage die Kämpfe gegen Rassismus und nicht die durch den Rassismus produzierten Subjekte darstellen. Aus diesem Grund möchte ich nicht nur von den Kämpfen der

Migrantinnen und Migranten sprechen, sondern auch von den Kämpfen der Migration. Eine Geschichtsschreibung dieser Kämpfe muss die Formen rassistischer Subjektivierung in Betracht ziehen, und zwar im doppelten Sinne: im Sinne der Rekonstruktion der Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit der Migrantinnen und Migranten, die sich in den sozialen Auseinandersetzungen zu Subjekten konstituieren, und im Sinne der Geschichte ihrer Unterwerfung. Denn solange es die Gruppe der Migrantinnen und Migranten gibt, gibt es sie nur unter Verhältnissen, die sie zu einer solchen machen. Solange es sie aber gibt, gibt es ihre Kämpfe. Nur in diesem Spannungsverhältnis kann die Wirkungsmächtigkeit der Geschichte der Kämpfe der Migration verstanden werden. Mit der Historisierung unter rassismustheoretischen Gesichtspunkten ist es möglich im Rückblick auf die Kämpfe der Migration zu zeigen, dass Rassismus nicht immer die gleichen Gruppen auf die gleiche Weise unterwirft. Es sind die Kämpfe, die den Rassismus immer wieder zwingen, sich zu reorganisieren. Es ist das Ziel dieser Kämpfe, solcher Reorganisation letztlich die Grundlage zu entziehen.

Kämpfe der Migration

Einwanderung findet unter historisch sich verändernden Bedingungen statt, die bestimmte Merkmale des sozialen, ökonomischen und politischen Status von Migrantinnen und Migranten festzuhalten und dazu beitragen, Migration historisch unterschiedlich zusammenzusetzen. Die juristische Kategorisierung und Objektivierung durch das Ausländergesetz beeinflusst die Möglichkeiten der politischen Organisierung von Migrantinnen und Migranten und trägt auch zu ihrer Allokation auf dem Arbeitsmarkt bei. Drei Formen und Praktiken migrantischer Beharrlichkeit, Organisierung und migrantischen Widerstands lassen sich historisch definieren: 1. Die Einwanderungspraktiken und die Kämpfe um Bleiberecht und Legalisierung müssen selbst als eine solche Praktik verstanden werden. Sie können als soziale Bewegung interpretiert werden, insofern sie eine Autonomie gegenüber den staatlichen Migrationspolitiken entfalten haben. Daraus ergibt sich 2. ein ganzes Feld der Auseinandersetzungen und Kämpfe gegen Ausbeutung in Betrieben und 3. haben Migrantinnen und Migranten in erheblichem Maße die Frage des Alltags in die sozialen Kämpfe jener Zeit getragen.

Im Gegensatz zu den gängigen Vorstellungen setzte die Einwanderung in die Bundesrepublik nicht erst mit den Anwerbeverträgen ein. Vielmehr stellten die Anwerbeverträge einen Versuch seitens der Herkunftsänder und der Bundesrepublik dar, die bereits existierenden Migrationsbewegungen unter Kontrolle zu bringen. Einwanderung ist keineswegs so geordnet abgelaufen,

fen, wie das häufig in Repräsentationen historischer Migrationsbewegungen nahe gelegt wird. Geht man in der Betrachtung nicht von den staatlichen Maßnahmen zur Kontrolle von Einwanderung und von den ökonomischen Interessen nach Arbeitskraftmobilität aus, sondern nimmt die Perspektive der Migration ein, lässt sich zeigen, dass Migrantinnen und Migranten die legalen Möglichkeiten der Einwanderung durch ihre Praktiken und Taktiken großzügig ausgeleuchtet haben und auf diese Weise auch die nationalstaatliche Verfasstheit von Bürgerrechten und den Rahmen von Einwanderungspolitiken beeinflusst und infrage gestellt haben. Zu einem solchen Perspektivwechsel gehört auch zu verstehen, dass die Illegalisierung der Migration kein neues Phänomen darstellt, das erst mit den 1990er-Jahren in der Bundesrepublik auftrat. Migration hat sich – nicht erst seit dem Anwerbestopp von 1973 – an staatlichen Politiken vorbei organisiert und nahm dabei mitunter eine Illegalisierung in Kauf. Seit Anfang der 1970er-Jahre, als die Beschäftigung migrantischer Arbeiter und Arbeitnehmerinnen zur Disposition gestellt wurde, begannen diese für ihren Aufenthalt zu kämpfen und organisierten sich für ein Bleiberecht. Die in der Migrationsforschung häufig konstatierte Widersprüchlichkeit oder Inkonsistenz der ausländer- und migrationspolitischen Regelungen muss deshalb eher als Ausdruck einer Entgegnung auf die selbstorganisierte Mobilität der Migrantinnen und Migranten gefasst werden.

Ebenso wie davon auszugehen ist, dass Rassismus sich nicht immer durch explizit rassistische Handlungen und Artikulationen manifestiert, muss man auch bei Migrantinnen und Migranten nicht unbedingt unterstellen, dass ihr Widerstand sich immer explizit gegen Rassismus richtet, sondern Teil anderer sozialer Kämpfe war und ist. Die unterschiedlichen Formen des Widerstands werden also historisch ihrem Selbstverständnis nach nicht notwendigerweise als antirassistische Praxen durchgeführt. Lenkt man den Blick auf die Formen und Praktiken autonomer Organisierung in Arbeitskämpfen, die nicht von Parteien und Gewerkschaften getragen wurden, zählt der 1973 mehrheitlich von Migrantinnen und Migranten initiierte und getragene »wilde Streik« bei Ford in Köln zu den bekanntesten und bedeutsamsten Arbeitskämpfen in der Bundesrepublik. Ausmaß und Formen der »wilden Streiks«, an denen Migrantinnen und Migranten beteiligt waren oder die von ihnen ausgingen, geben wichtige Hinweise auf eine Kritik an einem orthodoxen Verständnis von Klassenkämpfen. Die Themen, die in diesen Auseinandersetzungen zum Ausdruck kommen, überschreiten ein enges Verständnis »ökonomischer Kämpfe. Tatsächlich ist es in diesen Kämpfen manches Mal gelungen, Kooperationen zwischen Migrantinnen und Migranten und linken Gruppen aufzubauen, die versucht haben, gegen die Spaltung im Betrieb anzuge-

hen und die Fragen des Lebens und des Alltags, mithin den Rassismus, zur Sprache zu bringen.

In vielen Fällen des migrantischen Widerstands handelt es sich im strukturellen und individuellen Sinne um unmittelbare Kämpfe gegen Vermieter, Behörden, Arbeitgeber etc. Gerade der Alltag, die Wohnverhältnisse, die Fragen von Bildung und Gesundheit spielen eine erhebliche Rolle in den sozialen Netzwerken der Migration, die transnationale Räume eröffnet haben. Die im Verlauf der 1960er-Jahre einsetzende Selbstorganisierung von Zentren war für die Migrantinnen und Migranten eine Form, über Orte zu verfügen, die eine autonome Organisierung möglich machen und halfen, die tägliche Reproduktion und den Alltag zu bestreiten. Bei diesen Formen der Organisierung, die eine Transformation des Alltags erlaubten, muss herausgestellt werden, welcher Art die Wirkungen des Widerstands auf die Widerständigen und auf die Organisierungen des migrantischen Alltags waren, wie sich dieser also veränderte. Von Interesse sind die Kooperationen, die in den sozialen Kämpfen zum Ausdruck kamen, woran es scheiterte, diese auf Dauer zu stellen.

Die Kämpfe von Migrantinnen und Migranten sind nicht allein als Reaktion auf verschiedene staatliche und gesellschaftliche rassistische Praxen zu verstehen, vielmehr entwickeln sie eine davon unabhängige Dynamik. Auch der Rassismus bleibt nicht derselbe, er restauriert nicht einfach repressiv die alte gesellschaftliche Ordnung, die durch Widerstand zerrissen wird. Denn auch wenn der Widerstand gebrochen wird, muss sich der Rassismus auf neue Weise restrukturieren und konsolidieren. Widerstand und Herrschaft gehen von den gleichen Voraussetzungen aus, versuchen, das generische Terrain zu besetzen und zu kolonisieren, indem sie durch Reinterpretation entgegengesetzte Antworten auf dieselben Fragen geben (vgl. Virno 1998, 85 f.). Weil man gezwungen ist, in jedem Aspekt der herrschenden Ordnung auch die Umrisse, die Inhalte und die Bedingungen des Widerstands zu entdecken, muss auch die Rekuperation der Kämpfe der Migration im Laufe der 1970er-Jahre im Modus der Integration klar benannt werden. Integration entwickelte sich zum staatlichen Dispositiv, das die Forderungen nach Verbesserung von Wohnen, Gesundheit und Bildung in individuelle Anpassungsleistung und zum Infrastrukturproblem uminterpretierte. Erst wenn diese Rekuperation im staatlichen Modus der Integration, der bis heute wirksam ist, verstanden wird, werden die Brüche und Kontinuitäten in der Geschichte ausgearbeitet und lässt sich zeigen, dass die herrschaftlichen Praktiken, selbst dort, wo sie die Kämpfe unterbrechen, nichts auflösen können, ohne es in einer neuen, reorganisierten Weise wiederherzustellen. Es liegt unter anderem an diesem

Dispositiv der Integration, dass die Kämpfe der Migration heute weitgehend unbekannt sind. Es hat dazu beigetragen, die Geschichte von einer Konjunktur sozialer Kämpfe auszublenden.

4. Autonomie der Migration

Die Geschichte der Migration als eine Geschichte der Kämpfe der Migration in historischer Perspektive zu untersuchen, stellt die Autonomie sozialer Kämpfe in den Mittelpunkt der Analyse. Anstatt Migration mit den Ansätzen zu verstehen, die einem Integrationsparadigma folgen oder Migrantinnen und Migranten allein als Opfer konzipieren, kann sie als soziale Bewegung interpretiert werden, die die Konfliktfelder eröffnet. Damit können die Verbindungen zu anderen sozialen Kämpfen gefasst werden. Welche Aspekte umfasst dieser Begriff der Autonomie?

Autonomie meint hier zunächst die »Perspektive der Migration« einzunehmen, die es erlaubt zu verstehen, dass Migrationsbewegungen – das ist ein erster Aspekt – nicht determiniert und nach ökonomischen Pull- und Push-Faktoren verlaufen, sondern »sich in der Lage befinden« staatliche Migrationspolitiken zu unterlaufen. An der Beharrlichkeit der Migrationsbewegungen, dem Drang zur Mobilität auf der Basis sozialer Netzwerke knüpft das Konzept der Autonomie der Migration an. Im Prozess der Migration entziehen sich Migrantinnen und Migranten bestehenden Formen der Vergesellschaftung. Allerdings liegt eine Dialektik in jedem Aspekt der Autonomie der Migration. So ist etwa die Mobilität einerseits die Quelle der Ausbeutung, insofern Kapitalismus auf der Mobilität von Arbeitskräften beruht, zugleich ist die Mobilität aber andererseits die Quelle der Flucht aus Verhältnissen von Ausbeutung und Unterdrückung.

Ein zweiter Aspekt besteht darin, zu sehen, dass Autonomie in sozialen Auseinandersetzungen entsteht, in denen neue Formen von Kooperation und Kommunikation, neue Formen des Lebens konstituiert werden. In dieser Konzeption funktioniert die Befreiung über die Autonomie der Kämpfe: Migrantinnen und Migranten werden zum »Subjekt der Bewegung«, um den Rassismus zu bekämpfen. Diese Idee, dass »Migrantinnen und nicht außerhalb der Geschichte« stehen, bedeutet zugleich, dass es nicht um eine Anerkennung der unterschiedlichen Bedingungen von MigrantInnen und Deutschen geht, sondern um die Kritik an den Verhältnissen, in denen solche Hierarchisierungen aufrechterhalten werden und die nur unterlaufen werden können, wenn die Migrantinnen und Migranten selbst »Subjekte werden«, was zugleich einen Prozess der Entidentifizierung bzw. der Resubjektivierung beinhaltet muss.

Unter Autonomie verstehe ich nicht nur die sichtbaren Kämpfe, sondern auch die »unsichtbaren« Taktiken, sich Räume zu schaffen, in denen die eigene Reproduktion gegen oder zumindest an den vorgegebenen staatlichen Kontrollpraxen und Strukturen vorbei, oder vielleicht besser: durch sie hindurch, stattfindet. Wie die Kämpfe der Migrantinnen und Migranten zeigen, waren sie zum Teil durchaus in der Lage, eine soziale Infrastruktur zur Reproduktion in Form von Gesundheitsberatung, kulturellen Praktiken, Bildung für Kinder, Sprachkurse, Hausbesetzung und Mietstreiks etc. wenigstens zeitweise zu etablieren.

Ein dritter Aspekt besagt, dass es gerade der Begriff der Autonomie ist, der Prozesse der anti-rassistischen Entidentifizierung erfassen könnte, die Verweigerung, sich den rassistischen Diskriminierungen und Spaltungen zu unterwerfen. Die Kämpfe der Migration richteten sich nicht nur gegen die Arbeit, sondern auch gegen den Rassismus – insoweit ging es nicht nur gegen die Existenz des Massenarbeiters, sondern auch gegen die des Gastarbeiters. Gerade darin äußerte sich der migrantische Widerstand gegen das, was im Kontext der internationalen Migration beherrscht werden soll. Er äußerte sich in der Flucht aus der Arbeit, in Formen der individuellen Fluktuation und kollektiven Rückkehr, im Kampf gegen rassistische Lohnhierarchien und für Solidarisierungen in Arbeitskämpfen, im Protest gegen die Situation in den Wohnheimen.

Autonomie, so muss einschränkend festgehalten werden, gibt es nur in einem sozialen Kräfteverhältnis. Migration ist aber weder frei von bestehenden Formen der Vergesellschaftung, noch lässt sie sich vollkommen kanalisiert denken – sie beruht auf einem Kalkül, wie Jost Müller zutreffend schreibt. Die Prozesse der Migration installieren durchaus neue Formen der Vergesellschaftung. Sie können zu bestimmten Haushaltssstrukturen, politischen Organisationen und ökonomischen Produktionsweisen führen, die von der Subsistenzproduktion bis zum kapitalistischen Betrieb reichen. Die sozialen Netzwerke können veregelte Communities mit festen Identitätsmustern ausbilden. »Das alles geschieht in Institutionen, deren doppelte Funktion darin besteht, die Selbstverteidigung gegen Diskriminierung, Depravierung und Rassismus zu organisieren, zugleich aber die Garantie für ein vermeintlich besseres Leben zu übernehmen. Institutionen folglich, die die Autonomie behaupten, um sie letztlich zu zerstören« (Müller 2002b, 5).

In diesem Kontext der Migration lässt sich m.E. auch ein anderes Verständnis des Politischen denken, weil es sich durch die historische, nationale und supranationale spezifische Zusammensetzung der Migration nicht um eine irgendwie zu homogenisierende Bevölkerung handelt, aber offensichtlich auch

nicht um eine politisch stabilisierte Form wie die Arbeiterklasse. Es handelt sich um einen neuen Typ von sozialer Bewegung, sie okkupiert und eröffnet einen neuen gesellschaftlichen Raum und ein neues Feld des Konflikts.

Ich habe eine Formulierung von Louis Althusser geborgt, nämlich »sich in der Lage befinden«, weil sie mir hilft, eine Subjektivität zu denken, ohne auf ein Subjekt der Geschichte rekurrieren zu müssen (vgl. Althusser 1987). Unter Rückgriff auf die Formulierung Althussters lassen sich Migrantinnen und Migranten mit ihren Praktiken, die Grenzen zu überschreiten und transnationale soziale Netzwerke ausszubilden, als Individuen und Kollektive begreifen, die »sich in der Lage befinden«. In ihrer konstituierenden Dimension verbindet Migration eine nicht-intentionale Fähigkeit, die Grenzen nationalstaatlicher Verfasstheit infrage zu stellen, mit dem Glück der Umstände: Sie »spricht die Sprache des Kampfes«, indem sie auf den notwendig gewaltvollen Charakter aufmerksam macht, der einen national-sozialen Staat aufrechterhält. Die Migrationsbewegungen stellen in diesem Sinne nicht nur die nationalstaatlichen Grenzen infrage, sondern sie sind auch eine Herausforderung für die Grenzen unserer politischen Vorstellungskraft.

Vielelleicht ist es gerade die fehlende politische Dauerhaftigkeit, vielleicht sind es genau die unseten, temporären und flüchtigen Aspekte migrantischer Organisierung, die ein anderes Verständnis sozialer Kämpfe, ihrer Geschichte und Zukunft zu denken ermöglichen.

Anmerkungen

1 Vgl. unter anderem die Beiträge von Étienne Balibar, Étienne Balibar / Fethi Benslma / Monique Chemillier-Gendreau / Bertrand Oglivie / Emmanuel Terray, *Les Indigènes de la République*, Rada Iveković, Yann Moulier Boutang, *MIB (Mouvements d'Immigration en des Banlieues)*, Toni Negri, *L'Organisation Politique*, Loïc J.D. Wacquant, *Slavoj Žižek*.

2 Imran Ayata von Kanak Attak in einem Interview mit der Zeitschrift diskurs im Jahr 1999.

3 Das Interview wurde von Katja Diefenbach und Sabine Grimm gemacht und es nahmen Minu Haschemi Yekani, Massimo Perrinelli, Vassilis Tsianos, Michael Willenbacher und ich selbst teil.

Literatur:

- Allen, Theodor W. (1998): Die Erfindung der weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle. Band 1, Berlin.
- Althusser, Louis (1987): Die Einsamkeit Machiavellis (1977). In: Ders.: Machiavelli, Montesquieu, Rousseau: zur politischen Philosophie der Neuzeit, Schriften Band 2, Berlin, S. 11-32.
- Balibar, Étienne (1992): Es gibt keinen Staat in Europa'. Rassismus und Politik im heutigen Europa. In: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e. V. (Hg.): Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“, Hamburg/Berlin, S. 10-29.
- Balibar, Étienne (2005): Alle frontiere dell'apartheid. Cittadini negati. Interview in: il manifesto vom 22.11.2005, S. 12.
- Balibar, Étienne / Benslama, Fethi / Chemillier-Gendreau, Monique / Ogilvie, Bertrand / Terray, Emmanuel (2005): Casse-cou, la République! In: http://multitudes.samizdat.net/article.php?id_article=2119
- Balibar, Étienne / Wallerstein, Immanuel (1992): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg.
- Bojadzijev, Manuela (2005): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie im Fachreich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main.
- Bojadzijev, Manuela / Tsianos, Vassilis (2000): Mit den besten Absichten. Spuren des migrantischen Widerstands. In: *i23w*, Nr. 244, April, S. 35-38.
- Demirović, Alex (1992): Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt Rassismus: in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: Redaktion Diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft, Berlin, S. 73-94.
- Demirović, Alex (1994b): Fordistischer Nachkriegskonsens, Krise und Neorassismus. In: Wohlfahrtausschüsse (Hg.): Erwas Besseres als die Nation, Berlin, S. 105-114.
- Ha, Kien Nghi (1999): Ethnizität und Migration, Münster.
- Ha, Kien Nghi (2004): Kolonial-rassistisch - subversiv - postmodern: Hybridität bei Homi Bhaba und in der deutschsprachigen Rezeption. In: Habermas, Rebekka / Mallinckrodt v., Rebekka (Hg.): Interkultureller Transfer und nationaler Eigensinn, Göttingen, S. 53-71.
- Iveković, Rada (2005): Gefährliche Klassen. In: Lettre International, Nr. 71, Winter 2005/06, S. 120.
- Jour fixe-Initiative Berlin (2005): Klassen und Kämpfe II. In: <http://www.jourfixe.net/Klassen2.html>
- Kanak Attak (1999): Dieser Song gehört uns!. Interview mit Imran Ayata, Vanessa Barth und Laura Mestre Vives von Kanak Attak. In: diskus. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, Heft Nr. 1, Mai, 48. Jahrgang.
- Kanak Attak (2001): Der Kanak-Aha-Effekt. Was hat „Opel/Pitbull Autoput“ mit Antirassismus und Subjektivität zu tun? Ein Gespräch mit kanak attak. In: Jungle World, Nr. 17. In: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/17/05a.htm
- Les Indigénés de la République (2005): Non au couvre-feu colonial! La révolte n'est pas un crime! Les véritables incendiaires sont au pouvoir! In: http://multitudes.samizdat.net/article.php?id_article=2114
- L'Organisation Politique (2005): On riots that come after pain... In: Le Monde vom 15.11.2005. Übersetzung ins Englische in: [http://www.cinestatic.com/infinithought/MIB%20\(Mouvement%20d'Immigration%20et%20des%20Banlieues\).2005.pdf](http://www.cinestatic.com/infinithought/MIB%20(Mouvement%20d'Immigration%20et%20des%20Banlieues).2005.pdf)
- crevez en silence, qu'on ne perçoive que l'écho lointain de vos souffrances ... « Communiqué du 9.11.2005. In: <http://mib.ouvation.org/>
- Modlier Boutang, Yann (2005): La Révolte des Banlieus ou les Habits nus de la République, Amsterdam.
- Morgenstern, Christine (2002): Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg.
- Müller, Jost (1992): Rassismus und die Falstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: Redaktion Diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft, Berlin, S. 25-44.
- Müller, Jost (1995): Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin.
- Müller, Jost (2002a): An den Grenzen kritischer Rassismustheorie. Einige Anmerkungen zu Diskurs, Alltag und Ideologie. In: Demirović, Alex / Bojadzijev, Manuela (Hg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster.
- Müller, Jost (2002b): Vom Unglück der Integration. Thesen zur aktuellen Veränderung des Migrationssystems. In: Subtropen, Monatliches Supplement der Jungle World, Nr. 15, Juli.
- Negri, Toni (2005): Finally a Little Revolt. Interview in: La Stampa vom 12.11.2005. Übersetzung ins Englische in: http://www.longsunday.net/long_sunday/2005/11/negri_on_france.html
- Prokla-Redaktion (2005): Editorial: Migration. In: Prokla, Nr. 140, S. 320-326.
- Räthzel, Nora (1997): Gegenbilder. Nationale Identität durch Konstruktion des Anderen, Op-laden.
- Reavis, Edward (Hg.) (1968): Burn Baby Burn. Die schwarze Revolte, Darmstadt.
- Virno, Paolo (1998): Do you remember Counterrevolution? Soziale Kämpfe und ihr Double. In: Negri, Antonio / Lazzarato, Maurizio / Virno, Paolo: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin, S. 85-114.
- Wacquant, Loïc J.D. (1993): The Return of the Repressed. Urban Violence, »Race«, and Dualization in three Advanced Societies. Plenary address presented at the XVII Encontro Anual da ANPOCS, Caxambu, Brazil, October 1993. In: <http://sociology.berkeley.edu/faculty/WAC-QUANT/>

Vom Protest zur Revölte?

Vielen mag der Unterschied zwischen Protest und Revolte marginal erscheinen und dennoch ist er nicht zu unterschätzen: in der Art der Protestformen (Unterschriftenlisten und Demonstrationen vs. Besetzungen, Regelverletzungen und Verweigerung), in ihren Zielsetzungen und – meist dadurch bedingt – auch in ihrer Wirksamkeit. Bezogen auf die aktuellen Widerstandsbewegungen gegen die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 liegt ihr momentan zu konstatiertes Scheitern m. E. in genau diesem Unterschied, den ich im Folgenden an einigen Beispiel aufzeigen möchte.

1. Einmalige Großdemonstrationen oder Alltagswiderstand?

Zugegeben, bundesweite Großdemonstrationen erfüllen eine durchaus wichtige Funktion. Diese wollte ich nicht wahhaben, als ich mich im Sommer 2003 gegen die Planung der Demo am 1. November 2003 – und erst recht gegen diejenige am 3. April 2004 – ausgesprochen hatte. Die erste wurde durchaus zu einem Erfolg, gerade weil sie an den Gewerkschaftsbürokraten vorbei organisiert wurde, als eine echte Demo »von unten«. Damit erfüllte sie neben einem achtbaren Erfolg durch ihre überraschende Größe die Funktion eines von vielen lange nicht mehr erlebten Kollektivgefühls sowie einer Selbstbestätigung nach Innen. Diese wünschenswerte Stärkung des Selbstbewusstseins der BasisaktivistInnen hielt jedoch nicht lange genug an, um die Organisierung der nachfolgenden Demonstration Anfang April 2004 »auf gleicher Augenhöhe« mit den Gewerkschaftsapparaten durchzusetzen und ihren Dominierungsbestrebungen zu widerstehen.

Damit konnte ein weiterer Nachteil ungestört greifen: Großdemonstrationen haben für viele eine Entlastungsfunktion, für das eigene Gewissen und als Ausrede für notwendige dauerhaftere Aktivitäten. Die Zentralisierung der Protestbewegung bindet zudem in unverhältnismäßiger Weise zu viele der ohnehin knappen Kräfte und stärkt nachhaltig die Politik von Repräsentanten (Gewerkschaftsfunktionäre, Attac, linke Splitterparteien) auf Kosten der Selbstorganisation von lokalen Aktivitäten.

Doch angesichts der Tatsache, dass noch so viele Menschen bei zentralen Großdemonstrationen und dezentralen Montagsdemos nichts an den verabschiedeten unsozialen Gesetzen verändern konnten (und ohne breite

Arbeitsniederlegungen nicht hätten verhindern können), sowie ziemlich sicher ihre absehbaren Fortsetzungen (z.B. Kürzung der Sozialhilfe für die als nicht erwerbsfähig aussortierten Menschen) nicht werden verhindern können, braucht eine ernsthafte Bewegung dagegen einen langen Atem und regionale Strukturen für den notwendigen und viel wichtigeren Alltagswiderstand. Denn dass alle Hartz-Gesetze mit ihren Grausamkeiten, den Protesten zum Trotz, tagtäglich reibungslos umgesetzt werden, liegt m.E. nicht an einer fehlenden dritten Großdemo, wie einige meinen, sondern an dem zu schwachen Alltagswiderstand der Betroffenen (samt Unterstützung durch alle potenziell Mitbetroffenen), den ich zum Bereich der Revolte zähle.

Hierfür sind gänzlich andere Ressourcen als für Großdemonstrationen notwendig. Keine zentrale Organisierung, kein einmaliger Verzicht auf etwas Freizeit sowie kein Aufbringen von Reisekosten, sondern Zivilcourage und Mut zum persönlichen Risiko. Solidarisches Verhalten und der eigenverantwortliche Kampf um die eigenen Rechte müssen in der Praxis erprobt und gelernt werden, wenn man endlich einsieht, dass wir uns weder in der Politik noch am Arbeitsplatz oder in der Gewerkschaft auf Stellvertreter verlassen können.

Auf diesem Ansatz basierte die Aktion *Agenturschluss*, die vom *LabourNet Germany* mit koordiniert wurde. Während die zuständige Gewerkschaft *ver.di* – anstatt die Hartz-Gesetze mit den Agentur-MitarbeiterInnen zu blockieren – für ihre reibungslose Umsetzung schulte und den Erwerbslosen bestenfalls beim Arbeitsplatz-Wettbewerb half, setzten wir auf den Widerstand der betroffenen Erwerbslosen und die persönliche Verantwortung ihrer BetreuerInnen bei den Arbeitämtern bzw. Arbeitsagenturen/ARGEn. Ziel der Aktion waren – neben der öffentlichkeitswirksamen, symbolischen Besetzung der Agenturen am 3. Januar 2005 – die Schaffung von langfristigen Strukturen zum Schutz der Erwerbslosen vor Schikanen und zur Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Ziel war es aber auch, die sie betreuenden Agentur-MitarbeiterInnen an ihre Verantwortung zu erinnern, die im Rahmen von Hartz IV stark gewachsenen Ermessensspielräume zugunsten der Erwerbslosen und nicht gegen sie zu nutzen. Beide Ziele sind im Großen und Ganzen bislang gescheitert – aus Ängsten vor Schikanen auf der einen Seite oder aus Angst vor Arbeitsplatzverlust auf der anderen, je nach der Seite des Beratungstisches. Offenbar zählen zwei Dinge in unserer Gesellschaft immer noch zu den wichtigsten: einerseits die vermeintliche Sicherheit viel mehr als die eigene Selbstachtung und andererseits die Gesetzesstreue auch den inhumansten Anforderungen gegenüber. Mit bloßen Protesten lassen sie sich beide nicht verändern.

Noch sind die Aktionen von zwar linkradikalen, aber eben doch Stellvertretern dominiert und offensichtlich unvermögend, stärker die bisher unpolitischen Teile der Betroffenen zu erreichen. Daher geht es nicht nur um zentrale Aktionen, sondern zudem um Aktionsformen, die an Problemen des Alltags ansetzen und noch so zaghafte Formen der Revolte, als Verweigerung der direkt betroffenen Menschen, im Alltag ermöglichen. Diese gibt es ja durchaus, wenn auch subtil und individuell: »Hartz IV hat tatsächlich bewirkt, was zwanzig Jahre Erwerbslosenproteste nicht vermocht haben: Die Betroffenen kriegen ihren Arsch hoch. Sie sind gezwungen, sich nun selbst um ihr ‚weiteres Schicksal zu kümmern. Sie bemühen sich verstärkt um Zeitarbeit, um irgendwelche Jobs, bewerben sich freiwillig auf Ein-Euro-Jobs, arbeiten schwarz, organisieren sich das notwendige Einkommen zu Überleben auf andere (illegalen) Art. Jeder für sich, und Gott gegen alle.«¹

Vielleicht ließe sich mit starker alltagsorientierten und kollektiven Formen der Revolte das Gefühl der Ohnmacht und Vereinzelterung überwinden, das, gepaart mit dem der Demütigung, bislang den Alltag der Betroffenen dominiert. Diese Wirkung wäre es wahrhaftig wert, mit den Aktionen von den bürgerlichen Medien ignoriert zu werden.

2. Gerechtigkeit und Solidarität

Die fast flächendeckend stattfindenden Montagdemonstrationen seit dem Sommer 2004 nehmen im oben aus geführten Zusammenhang eine Zwischenposition ein. Positiv an ihnen war und ist, sofern sie noch stattfinden, dass sie vor Ort sind, und sich damit gerade die bereits verarmten Betroffenen beteiligen können. Ebenso vorteilhaft sind ihr regelmäßiger Charakter sowie ihre regionale Ausrichtung, die vielerorts zur Schaffung der auch für den Alltagswiderstand notwendigen übergreifenden Strukturen bzw. zur Stärkung der bereits vorhandenen beigetragen haben.

Doch auch wenn sich viele der (noch?) Beschäftigten an den wöchentlichen Protesten beteiligt haben, ist hieraus leider kaum der wünschenswerte solidarische Zusammenhang erwachsen, auch im Alltag zwischen den jeweiligen Montagsdemos für die Interessen der bereits betroffenen Erwerbslosen einzutreten und ihre Kämpfe zu unterstützen. Wo sich Zusammenschlüsse der Montagsdemos z.B. an der Aktion Agenturschluss beteiligen, taten sie es ohne die Erwerbstätigen – von vielerorts erträumten begleitenden Arbeitsniederlegungen ganz zu schweigen. Auch die Tatsache, dass überall die MigrantInnen von Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse am meisten betroffen sind, spielte an kaum einem Ort eine Rolle.

Noch sind die Aktionen von zwar linkradikalen, aber eben doch Stellvertretern dominiert und offensichtlich unvermögend, stärker die bisher unpolitischen Teile der Betroffenen zu erreichen. Daher geht es nicht nur um zentrale Aktionen, sondern zudem um Aktionsformen, die an Problemen des Alltags ansetzen und noch so zaghafte Formen der Revolte, als Verweigerung der direkt betroffenen Menschen, im Alltag ermöglichen. Diese gibt es ja durchaus, wenn auch subtil und individuell: »Hartz IV hat tatsächlich bewirkt, was zwanzig Jahre Erwerbslosenproteste nicht vermocht haben: Die Betroffenen kriegen ihren Arsch hoch. Sie sind gezwungen, sich nun selbst um ihr ‚weiteres Schicksal zu kümmern. Sie bemühen sich verstärkt um Zeitarbeit, um irgendwelche Jobs, bewerben sich freiwillig auf Ein-Euro-Jobs, arbeiten schwarz, organisieren sich das notwendige Einkommen zu Überleben auf andere (illegalen) Art. Jeder für sich, und Gott gegen alle.«¹

Vielleicht ließe sich mit starker alltagsorientierten und kollektiven Formen der Revolte das Gefühl der Ohnmacht und Vereinzelterung überwinden, das, gepaart mit dem der Demütigung, bislang den Alltag der Betroffenen dominiert. Diese Wirkung wäre es wahrhaftig wert, mit den Aktionen von den bürgerlichen Medien ignoriert zu werden.

Doch auch wenn sich viele der (noch?) Beschäftigten an den wöchentlichen Protesten beteiligt haben, ist hieraus leider kaum der wünschenswerte solidarische Zusammenhang erwachsen, auch im Alltag zwischen den jeweiligen Montagsdemos für die Interessen der bereits betroffenen Erwerbslosen einzutreten und ihre Kämpfe zu unterstützen. Wo sich Zusammenschlüsse der Montagsdemos z.B. an der Aktion Agenturschluss beteiligen, taten sie es ohne die Erwerbstätigen – von vielerorts erträumten begleitenden Arbeitsniederlegungen ganz zu schweigen. Auch die Tatsache, dass überall die MigrantInnen von Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse am meisten betroffen sind, spielte an kaum einem Ort eine Rolle.

Diese weit verbreitete Ignoranz gegenüber den Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Menschen in der Republik ist dabei die eine Seite der Medaille. Ihre Kehrseite besteht in der nach wie vor starken nationalstaatlichen Orientierung hinsichtlich der sozialen Absicherung wie der Arbeitsmarktpolitik. Von »Wir wollen hier keine Verhältnisse wie in den USA, Polen etc.« über »Die Arbeitsplätze müssen in Deutschland bleiben« ist es nicht weit zu »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«. Anstatt dieser Ideologie etwas entgegenzusetzen, wird oft reaktionär – und Hand in Hand mit den Gewerkschaftsfunktionären – an eine »nationale Verantwortung« der Unternehmen appelliert, an den Standort Deutschland zu denken. Die Ansätze der Solidarität mit Lohnabhängigen in anderen Ländern sind selten und stecken erst in den Kinderschuhen. Sie hätten auch zur Voraussetzung gehabt, dass bereits auf nationaler Ebene die Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigen überwunden wären und ein anderes Gerechtigkeitsverständnis herrschte.

Denn die bei vielen der Montagsdemos verbreitete Kritik an Hartz IV, nach Jahrzehnten des Buckelns und nach nur 12 bzw. 18 Monaten auf das Sozialhilfeneuropa zu fallen, bezeugt ein für Spaltungen und Sozialneid anfälliges Gerechtigkeitsverständnis. Anstatt dieses Versicherungsbetrug als solchen anzuprangern – wie auch die Tatsache, dass Sozialversicherungen allgemein durch die zunehmende Privatisierung der Lebensrisiken zu verdeckten Steuern verkommen – grenzt man sich vielmehr von als »Schmarotzern« empfundenen Sozialhilfeempfängern ab, während es (im Gegensatz zu den Angriffen auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) Jahrzehntelang nicht kümmerte, dass sie längst unter der Hartz'schen Verfolgungsbetreuung litten und ihre Grundversicherung kontinuierlich gekürzt wurde. Diese an den Sozialhilfeempfängern erprobten Maßnahmen wurden erst als menschenunwürdig erkannt, als es auch die Menschen betraf, die sich bislang fernab und als »bessere Gesellschaftsmitglieder« wähnten. »Ein diskriminierendes, verarmendes, repressives System wird angeklagt, weil es einen selbst trifft – ein interessantes Phänomen, das allerdings in dieser Gesellschaft voller Untertanen zum gängigen Bewusstseinsrepertoire gehört.«²

Dieser Haltung müssen wir unbedingt eine solidarische entgegensetzen, bevor uns die andauernde Massenerwerbslosigkeit weitere Spaltungen beschert: unschuldige Konkurs-/Outsourcingopfer vs. Alkohol- und psychisch Kranke? Kurz- vs. Langzeiterwerbslose, nach Jahren gestaffelt? Euphorische Ein-Euro-JobberInnen gegen vermeintliche Drückeberger und Faulenzer? Dies sind denkbare und leider durchaus realistische Spaltungslinien der sich als besser dünkenen Betroffenen, sofern das Bedürfnis nach Abgrenzung nach unten und das unsolidarische Gerechtigkeitsempfinden unhinterfragt bleiben.

3. Objekte und Ziele der Proteste

Dauerhafte alltägliche Wirksamkeit der Protestformen und die Überwindung der Spaltung zwischen den (noch?) beschäftigten und den (noch?) erwerbslosen Lohnabhängigen wurden bisher als Voraussetzung für die erfolgreiche Blockade der sozialpolitischen Grausamkeiten genannt. Sie können jedoch nur als notwendige, aber keinesfalls als hinreichende Bedingung genannt werden. Der Erfolg der sozialen Widerstände steht und fällt nämlich mit ihren inhaltlichen Forderungen.

Als die große Klippe für wirksame einheitliche Proteste und den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze hat sich die breite Akzeptanz des Leistungsprinzips und der Lohnabhängigkeit als einziger Quelle der Existenzsicherung erwiesen. Dies gilt für die Gewerkschaftsbürokratie gleichermaßen wie für die meisten der (noch?) beschäftigten wie erwerbslosen Lohnabhängigen selbst. Durch die geschickte Propaganda der Regierung, mit den Ergebnissen der Hartz-Kommission sich endlich wirksam um das Schicksal der Erwerbslosen kümmern zu wollen, wurde von Beginn der Debatte an jeder Kritiker des Zynismus gegenüber den Erwerbslosen und ihrem plötzlich so bedauernswerten Zustand beziehtigt. Durch diese Propaganda wurden auch die Gewerkschaftsspitzen ins Boot geholt, die ihre oberste Aufgabe schon immer darin gesehen haben, »Menschen in Arbeit zu bringen«. Wird das Schicksal von bisher unbeachteten Millionen von »Verlierern« plötzlich zum Politikum und bleibt die Lohnabhängigkeit unhinterfragt, akzeptieren auch vermeintlich linke Kreise längst überkommene Rezepte der Realpolitik: Vollbeschäftigung durch wirtschaftspolitische Anreize, Lohnsenkung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bis hin zu ihrer Auflösung und nicht zuletzt »Beschäftigungspolitik« durch Arbeitsdienste, unsinnige Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen, über Leiharbeit erzwungene Arbeitseinsätze ins schlechter bezahlte Jobs sowie ihre Subventionierung durch die Steuergelder der Lohnabhängigen. Das Argument vieler halbherziger Hartz-Kritiker schlägt uns nun mit voller Wucht zurück ins Gesicht: »Hartz-Gesetze schaffen keine Arbeitsplätze.«

Und ob sie schaffen! Erstens menschenunwürdig, repressive, dafür aber »moderne« Arbeitsdienste in Form von erzwungenen und entreichten so- wie nur angeblich »zusätzlichen« Ein-Euro-Jobs in rauen Mengen und zweitens schaffen sie »reguläre« Arbeitsplätze ab. Von den Arbeitsplätzen der Fallmanager, Kontrolleure und Sozialschnüffler abgesessen. In der Summe können sie ein reines Beschäftigungswunder vorweisen, zumindes solange, wie bisher überwiegend, die Qualität und der existenzsichernde Charakter dieser Arbeitsplätze außer Acht gelassen werden.

Die Mischung aus angeblicher Alternativlosigkeit der Lohnabhängigkeit und Angst vor Hartz IV lässt die Belegschaften weitere Verzichte an Lohn wie an Arbeitsbedingungen hinnehmen, anstatt die erkämpften Standards zugunsten aller Lohnabhängigen hochzuhalten. Und es steht zu befürchten, dass die meisten Erwerbslosen sich nicht gegen den Zwang zum Lohndumping durch Ein-Euro-Jobs wehren werden, aus der Hoffnung heraus in einen festeren Job übernommen zu werden. Denn das zweite, mit der angeblichen Alternativlosigkeit der Lohnabhängigkeit zusammenhängende Hemmnis für einen wirkungsvollen, einheitlichen Widerstand ist die Angst, die sich in der Bevölkerung ausbreitet. Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder Angst, keinen Arbeitsplatz zu finden. Immer öfter blanke Existenzangst. Diese Angst läuft und verstärkt wiederum die Fixierung auf die Lohnarbeit. Im Zeitalter des propagierten Endes der Arbeitsgesellschaft ist Arbeit als Lohnarbeit dominierender denn je. Sie nimmt nicht nur zeitlich immer breiteren Raum in unserem Leben ein, auch Gedanken und Träume drehen sich darum, den vergangenen Arbeitstag oder die Angst vor dem kommenden zu bewältigen.

In dieser gewollten Konzentration auf das Notwendige, auf die blaue Existenz, sollen wir alle Hoffnungen und Träume von Menschenwürde, Luxus und Muße vergessen. Denn die Praxis von Hartz und Agenda 2010 heißt Entwürdigung: um den Job zu bekommen oder um ihn zu behalten. Grundrechte als unveräußerliche, also auch »unverdiente« werden abgeschafft, denn »nichts ist umsonst«. Neben dem ökonomischen Elend, das dadurch keinesfalls vernachlässigbar wird, muss auch dieses kulturelle Elend in den Blick geraten, wenn Protest und Widerstand nicht nur bloße Abwehr, sondern auch ein wirklich besseres Leben bewirken sollen. Denn bloß den schon immer repressiven Sozialstaat verteidigen zu wollen, beließe uns in der Defensive und überließe uns permanent erneutene Zumutungen und Angriffen.

Doch die aktuellen allenfalls am Anfang stehenden sozialen Bewegungen haben bislang selbst im ökonomischen Bereich die Debatte um Inhalte und Ziele des Widerstandes noch zu führen. Dieser fehlenden inhaltlichen Auseinandersetzung, aber auch der Scheu vor ihr, ist geschuldet, dass es bislang nur einen sehr schmalen gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen Akteure dieser Bewegungen gibt. Dieser gemeinsame Nenner beschränkt sich auf einige kurzfristige und defensive Ziele: Sie reichen von der Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, der »Unverteilung von oben nach unten«, bis hin zur Forderung nach Grundeinkommen oder Arbeitszeitverkürzung – und selbst hinter diesen Zielen steht man nicht unbedingt kompromisslos. Parolen wie »Arbeit statt Hartz« oder Modelle einer Grundsicherung werden immer wieder mit den Bedingungen der kapitalistischen Lohnarbeit verbunden.

knüpft. Es kommt aber darauf an, bedingungslose soziale Grundrechte als Mensch, nicht als Lohnabhängiger, zu stärken, um kapitalistische Zumutungen zurückzuweisen und menschliche Bedürfnisse ohne (Selbst-)Disziplinierung ein zu realisieren. Es kommt darauf an, die Ansprüche der Menschen an das Leben und ihr Selbstbewusstsein zu erhöhen.

Denn Selbstniedrigung und Gehorsam haben wir genug:

- »Was machen 8.614 Bedarfsgemeinschaften, was machen 15.000 Alg II-Bezieher, was machen 11.000 Langzeitarbeitslose in Oldenburg? Sie lassen sich in den Arsch treten und kuscheln!«
 - Sie nehmen klaglos ihre Bescheide entgegen, obwohl sie kein Wort davon verstehen, obwohl ihnen mit diesen bewusst verweigert wird, die Berechnungen nachzuprüfen, die doch über ihr weiteres Leben bestimmen.
 - Sie lassen sich von überarbeiteten und abgenervten ARGE-Mitarbeiter-Innen abwimmeln, vertrösten, rumschubsen und schikanieren.
 - Sie widersprechen nicht, wenn sie aus ihren Wohnungen geschmissen werden sollen, weil die angeblich ein paar Euro über der Angemessenheit liegen; sie fragen nicht einmal danach, was angemessen heißen soll und wer das denn für sie festlegt.
 - Sie hauen den Bütteln nicht auf die Finger, die in ihren privaten Wohn- und Lebensverhältnissen herumschnüffeln, um ihnen irgendwas unterzuschieben, womit wieder eine Leistung gestrichen werden kann.
 - Sie lassen sich ihre über lange Jahre mühsam angesparte private Altersvorsorge einfach wegnehmen.
 - Sie wehren sich nicht dagegen, dass sie mit perspektivlosen Ein-Euro-Jobs abgespeist werden.
 - Sie schreien nicht auf, wenn das ganze Hartz-Gesabbel sich als dreiste Lüge entpuppt: statt mehr Arbeitsplätze weniger Arbeitsplätze, statt besserer Betreuung und Vermittlung mehr Chaos und Schikane, statt einer Perspektive auf menschenwürdige Arbeit die Perspektive auf weitere Verarmung und Ausgrenzung.³
- Der m.E. einzige mögliche Ansatz dagegen besteht nicht im Schrei nach mehr Arbeitsplätzen und Ausbeutung, sondern in bedingungslosem Grundeinkommen und bedingungslosen sozialen Grundrechten für alle. Eine Perspektive kann nur sein, die Ideologie von Hartz IV zu brechen und die Grundphilosophie der kapitalistischen Verwertung durch eine Philosophie der Menschen- und Grundrechte hochzuhalten. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Sinne nur ein Symptom der Lohnabhängigkeit und letztere gilt es zu bekämpfen.